

Unabhängig und frei von kommerziellen Interessen

Bernhard Seidenath über die Zukunft der Patientenberatung

Der Gesundheitsausschuss des Bayerischen Landtags hat sich fraktionsübergreifend für eine Neuvergabe und -organisation der Unabhängigen Patientenberatung (UPD) ausgesprochen. Wir sprachen mit dem Ausschussvorsitzenden Bernhard Seidenath (CSU) über die Gründe für diese Entscheidung.



Bernhard Seidenath (CSU, r.) ist Vorsitzender des Gesundheitsausschusses im Bayerischen Landtag. (Archivbild: Das Interview wurde aufgrund der Corona-Situation telefonisch geführt.)

BZB: An der Vergabe der UPD an Sanvartis gab es bereits 2015 von vielen Seiten heftige Kritik. Warum hat es so lange gedauert, bis sich der Bayerische Landtag dieses Themas angenommen hat?

Seidenath: Das ist nicht richtig. Bevor die UPD 2015 an Sanvartis übertragen worden ist, hat es gerade auch aus Bayern, insbesondere von Landtagsabgeordneten, Kritik gegeben. Fakt ist leider auch: Die Entscheidung fiel und fällt auf Bundesebene. Aber schon damals haben wir vehement unsere Skepsis zum Ausdruck gebracht. So hatte der Patientenbeauftragte der Staatsregierung, Hermann Imhof, damals beim Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann, interveniert. Leider haben sich unsere damaligen Befürchtungen bewahrheitet.

BZB: Welche Gründe waren ausschlaggebend dafür, dass der Vorstoß eine fraktionsübergreifende Mehrheit fand?

Seidenath: Im Gesundheitsausschuss des Landtags arbeiten wir zum Wohle der Menschen. Das war schon in der vergangenen Periode so, das ist auch jetzt so. Die Unabhängige Patientenberatung hat vor 2015 hervorragende Arbeit geleistet – und so soll es nach unserem Wunsch auch künftig wieder sein. Wir müssen jetzt die

Weichen dafür stellen, dass ab 2023 eine von kommerziellen Interessen komplett unabhängige, gemeinnützige und wohnortnahe Patientenberatung sichergestellt ist. Das sehen alle Fraktionen so.

BZB: Sanvartis ist auch als Dienstleister für verschiedene Krankenkassen tätig. Kann ein solcher Betreiber überhaupt wirklich unabhängig und im Sinne der Patienten beraten?

Seidenath: Da legen Sie den Finger in die Wunde. Genau deswegen haben wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner den Antrag eingebracht.

BZB: Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass der bayerische Vorstoß in Berlin auf Gehör stoßen wird?

Seidenath: Durchaus hoch. Nach der Beschlussfassung im Ausschuss haben wir den Antrag unseren Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion übersandt. Aktuell werden auf Bundesebene, wie wir wissen, verschiedene Ideen Richtung öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Patientenstiftungen als Trägermodell entwickelt. Bei der nötigen Neukonzeption müssen neben der Unabhängigkeit von kommerziellen Interessen die Regionalität und die persönliche Erreichbarkeit des Angebots wieder eine zentrale Rolle spielen. Das ist allen

Gesundheitspolitikern, egal auf welcher Ebene sie tätig sind, auch bewusst.

BZB: Sie regen an, dass die „neue“ UPD stärker mit regionalen Anbietern zusammenarbeitet. Welche wären das in Bayern?

Seidenath: Der Münchner Gesundheitsladen zum Beispiel. Das ist eine gut angenommene Institution, auf deren Fachexpertise man aufbauen kann. Wir wollen aber neben der Präsenz vor Ort auch die Online-Angebote in diesem Bereich weiter verstärken. So wollen wir es den Menschen erleichtern, Rat zu finden.

BZB: Wie beurteilen Sie die Patientenberatungsangebote der zahnärztlichen Körperschaften in Bayern?

Seidenath: Unser Gesundheitswesen ist zwar eines der besten, aber es ist nicht immer einfach, sich in ihm zurechtzufinden. Jede Institution, die den Menschen hierbei hilft, ist deshalb wichtig. Das gilt in einer älter werdenden Gesellschaft erst recht. Die Patientenberatungsangebote der zahnärztlichen Körperschaften in Bayern sind deshalb überaus bedeutsam – ich schätze sie sehr.

BZB: Vielen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellte Leo Hofmeier.